

Der Traum vom Schuldenerlass

EUROKRISE Die Staaten der Welt werden von ihren Schulden erdrückt. Das verleiht einer radikalen Idee Auftrieb: Wieso erlassen sich nicht alle gegenseitig die Schulden und fangen neu an?

LISA NIENHAUS
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Die jüngsten Nachrichten zu Griechenland vermitteln den Eindruck, da drücke jemand die «Repeat»-Taste. Griechenland soll womöglich zwei Jahre Aufschub bekommen. Um über diese Zeit zu kommen, brauchen die Griechen 20 bis 30 Milliarden Euro mehr Geld. Mehr Zeit und mehr Geld – alles schon mal gehört.

Die Lösung für das Land, oft verkündet, hat sich stets als Illusion erwiesen. Der Schuldenberg bleibt. 180 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen heute die Schulden der Griechen. Selbst wenn sie über Nacht ihre Wirtschaftskraft verdoppeln würden, blieben immer noch 90 Prozent. Das ist genau die Grenze der Verschuldung, von der an es für Staaten in der Geschichte immer gefährlich wurde – also immer noch zu viel.

Eine Idee mit grosser Faszination

Und Griechenland ist nur das Land mit den grössten Problemen in der Welt der Schulden. In den Industriestaaten ist der Schuldenstand so hoch wie zum letzten Mal während des Zweiten Weltkriegs. Portugal, Spanien, Italien sind höchstverschuldet. Aber auch die Vereinigten Staaten haben die 90-Prozent-Grenze längst überschritten, Japan liegt sogar über 200 Prozent. Und Deutschland rückt gefährlich nahe an die 90 Prozent heran. Es ist nicht überraschend, dass in einer solchen Situation eine so simple wie radikale Idee auftaucht. Wieso erlassen sich nicht alle gegenseitig die Schulden und fangen neu an?

Die Idee übt eine grosse Faszination aus – vielleicht auch weil sie so simpel ist, dass sie ein Erstklässler begreifen kann. Ihre Fürsprecher findet sie im Milieu der Globalisierungskritiker und Occupy-Demonstranten. Der Anthropologe David Graeber verleiht der Idee eine Stimme. In seinem Buch «Schulden. Die ersten 5000 Jahre» schreibt er: «Es scheint mir, dass es längst Zeit ist für ein biblisches Jubelfest» – also für ein Fest, bei dem alle Schulden erlassen werden. Nichts sei wichtiger, als «reinen Tisch zu machen für alle... und neu zu beginnen».

Schuldenerlass für die ganze Welt

Auch Organisationen wie die britische «Jubilee Debt Campaign», die sich einst für den Schuldenerlass zu Gunsten afrikanischer Staaten eingesetzt hat,



Ein griechischer Rentner geht für die Einkäufe zum Ein-Euro-Shop. Bloomberg/Kostas Tsironis

schwenken um. Sie fordern ein Jubeljahr des Schuldenerlasses: zuerst für Griechenland, später für die ganze Welt. Frustration über die verfahrenere Lage in Europas Schuldenstaaten befeuert solche Ideen. Und die Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte. Denn weder Schuldenerlasse noch einseitige Schuldenerlassungen sind etwas Neues. Zu diesem Mittel haben Menschen, Unternehmen und Staaten seit Jahrtausenden immer wieder gegriffen. Häufig mit positiven Wirkungen, zumindest für den Schuldner.

«Stürmischer Wiederaufschwung»

«Ein Schuldenerlass für Staaten hat sich in der Vergangenheit durchweg positiv ausgewirkt auf den Schuldner», sagt Albrecht Ritschl, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economics. «Es gab danach regelmässig einen stürmischen Wiederaufschwung.» Das hat man mehrere Male in Argentinien gesehen, aber auch in Russland im Jahr 1998 und in Deutschland in den 50er-Jahren. Wachstumsraten von 5 bis 8 Prozent waren da keine Seltenheit.

Kein Wunder, dass die Sehnsucht nach einem solchen Befreiungsschlag wächst, vor allem in Ländern wie Griechenland, die wirtschaftlich darniederliegen. Ein Schuldenerlass für alle, das klingt zudem

gerecht. Denn dabei würden nicht nur die Länder belohnt, die in der Vergangenheit vollkommen über die Stränge geschlagen haben wie Griechenland, sondern auch solidere wie Deutschland.

Direkter Weg in die Bankenkrise

Aus Sicht von Ökonomen ist die grosse Schuldenbefreiung aber brandgefährlich. Denn sie würde für ein unvorstellbares Durcheinander sorgen. Aus einer Staatsschuldenkrise würde per Schuldenerlass automatisch eine Bankenkrise. Banken, die ja viele Staatspapiere halten, würden in Schieflage geraten, viele in die Pleite gehen. Das Leben der normalen Bürger würde sofort getroffen. «Die Sozialsysteme und Pensionskassen würden zusammenbrechen», sagt Ritschl. Denn die Altersvorsorge vieler Menschen beruht auf Investitionen in Staatspapiere. Fallen die aus, ist die Rente weg – und auf einmal müssen die Sozialkassen einspringen, die das überfordert.

Das grosse Jubeljahr hätte ausserdem ungünstige langfristige Folgen. Darauf weist der Schweizer Finanzwissenschaftler Charles Blankart hin: «Wenn Staaten ihre Schulden nicht zurückzahlen, passen sich die Preise an, zu denen sie künftig Geld bekommen. Die Zinsen steigen also.» Das senkt das Wachstum. Denn je höher die Zinsen, desto niedriger die Investitionen und damit das Wachstum.

Dazu kommt die Gefahr des Rückfalls. Viele Staaten, die sich einmal entschuldet haben, tun das immer wieder. Argentinien ist so ein Beispiel. Aber auch Deutschland hat nach Zählungen des Historikers Ritschl in der Geschichte fünfmal Schulden gestrichen, durch Inflation eliminiert oder erlassen bekommen. Offenbar verleiten die positiven Ergebnisse zur Wiederholung, was die Gläubiger natürlich nicht erfreut.

Den ganz grossen Schnitt zu machen, das traut sich aus diesen Gründen keiner. Lieber reduzieren die Staaten der Welt ihren Schuldenberg auf unauffällige Art und Weise. «Unsere Notenbanken halten den Zins künstlich niedrig, sodass die Staaten extrem günstig umschulden können», sagt Ritschl. «Damit werden die grossen Industrienationen von der Zinslast befreit und können sich schleicher entschulden.» Das ist ein kleiner Schuldenerlass, ohne dass er Schuldenerlass heisst.

Nichtsdestotrotz ist er gefährlich. Denn er führt, länger betrieben, dazu, dass wahnsinnig viel Geld in der Welt kursiert, was die Gefahr der Inflation erhöht. Ein grosser Schuldenschnitt, so die Befürworter der grossen Lösung, wäre klarer. Seine Folgen wären kurzfristig, danach könnte man sich anderen Dingen zu-

wenden. Wenn nicht der ganz grosse Schnitt, dann wenigstens der kleine für die Grossschuldner Griechenland, Portugal, Spanien, vielleicht auch für Italien?

Wann ist ein Staat pleite?

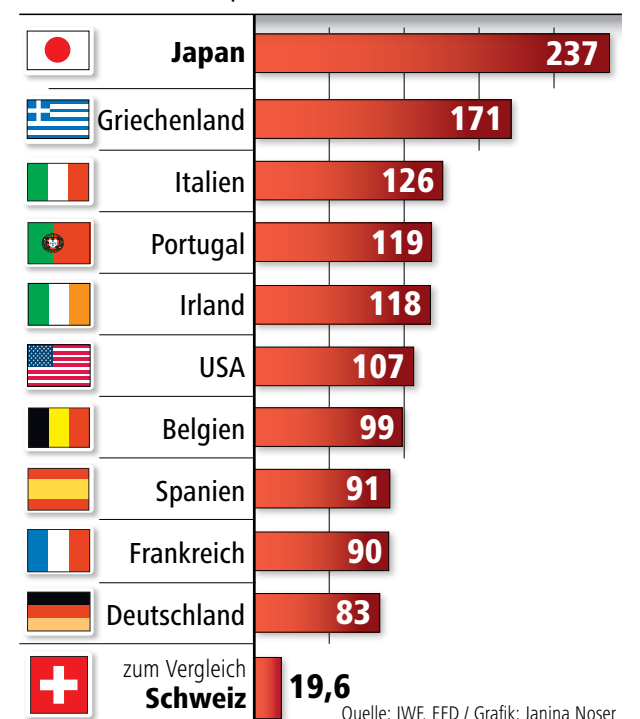
Für Griechenland befürworten das sogar ein paar Wirtschaftswissenschaftler. «Seit mehr als zwei Jahren fordere ich den Schuldenerlass für Griechenland», sagt der Wirtschaftshistoriker Ritschl. Auch Ulrich Hege, Professor und Experte für Unternehmensfinanzierung an der HEC in Paris, ist dafür. «Ich komme aus der Unternehmenswelt, da sind Bankrotte häufiger als bei den Staaten», sagt er. «Da sieht man die Vorteile.»

Der Bankrott überschuldeter Staaten und der damit verbundene selektive Schuldenschnitt hat im Gegensatz zum grossen Jubeljahr eine marktwirtschaftliche Logik. Denn wer einen Kredit vergibt, muss mit einer gewissen Ausfallwahrscheinlichkeit rechnen. Dass ein Staat pleitegehen kann, gehört dazu. Die ungeklärte Frage ist, wann ein Staat pleite ist. Erst wenn er die Steuern auf 90 Prozent erhöht hat, alle Inseln verkauft hat und trotzdem seine Zinsen nicht mehr zahlen kann? Oder schon dann, wenn die Lage so schlecht ist, dass Massenproteste ausbrechen?

© Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die grossen Schuldenstaaten

Gesamtverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2012



Lesebeispiel:

Die Gesamtverschuldung Japans beträgt 237 Prozent. Das heisst: Die gesamte Volkswirtschaft müsste 2,37 Jahre arbeiten und die Erlöse vollständig an die Gläubiger des japanischen Staats abgeben, um die Staatsschulden zu tilgen (allerdings würden während dieser Zeit weitere Zinsen anfallen).

USA vor grössten Herausforderungen



So ungewiss und spannend der Ausgang des amerikanischen Wahlkampfes sein mag, eines wissen wir nicht erst in drei Tagen: Auf den nächsten (alten oder neuen) Präsidenten wird eine herkulische Aufgabenliste zukommen. Grassierende Bildungsschwächen, enttäuschende Beschäftigungszahlen, riesige Handelsbilanzdefizite und explodierende Schulden sind allerdings nur oberflächliche Signale. Die tatsächliche Krise wird nicht an den Wurzeln gepackt.

Tief verwurzelt scheint schon der ungebrochene Hang zur Energieverschwendung. Im egoistischen Denken im Hier und Jetzt erweisen sich die US-Bürger in hohem Ausmass ignorant gegenüber vielen globalen Umweltverbesserungs- und Nachhaltigkeitsbemühungen. Der fehlende Willen, sich zu erneuerbaren Energien zu bekennen, ist ebenso erschreckend wie der fahrlässige Umgang mit einst fruchtbaren Agrikulturflächen. Im «American Way of Life» wird hemmungslos konsumiert, aber kaum ge-

spart und investiert. Die Infrastruktur gleicht derjenigen eines Entwicklungslandes. Hoffnungslos veraltete Wasserleitungen machen aus der Trinkwasser eine Schmutzwasserreservoir. Ein umstürzender Baum kann die archaische Energieversorgung einer ganzen Stadt lahmlegen. Veraltete Schulen und marode Spitäler, holprige Strassen und baufällige Brücken zählen zum Alltag. Der öffentliche Verkehr ist eine Zumutung, der private in einer Grossstadt wie Los Angeles der nackte Horror. Wer in Zug, Schwyz oder Luzern wohnt, sollte sich im Paradies wähen.

In den USA werden die Prioritäten anders festgelegt. Die wahre Achillesferse ist nicht die Wirtschaft, sondern die Politik – notabene als Spiegel der gesellschaftlichen Werte. Selbst der Staat gibt deutlich mehr aus als er einnimmt. Das Staatsdefizit weist ein viel schlimmeres Ausmass als in Portugal, Italien und Spanien auf. Die amerikanische Schuldenspirale beschleunigt sich. Es droht bereits in wenigen Wochen der staatliche Finanzkollaps, so-

fern nicht erneut und zum wiederholten Mal in wenigen Jahren die Schuldenobergrenze angehoben wird. Hohe Verschuldung wirkt wie eine dauerhafte Wachstumsbremse. Nachhaltige Wachstumsimpulse können deswegen aus den USA nicht erwartet werden. Das reichste Land der Welt ist am Retardieren wegen seiner Gier – niedrige Steuern, teure Kriege, marode Infrastruktur sind eine teuflische Mixtur.

AUSSICHTEN

Das Geld wird immer noch für Kampfflugzeuge, Bomben und Raketen ausgegeben. Das amerikanische «Verteidigungsbudget» beansprucht mittlerweile knapp 700 Milliarden Dollar. Vor zehn Jahren waren es noch 300 Milliarden. Für die notwendigen Verbesserungen im Strassen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr wären schätzungsweise 500 Milliarden jährlich erforderlich – zehnmal mehr, als heute

tatsächlich investiert wird. Um das Gesamtbild abzurunden, bleibt zu erwähnen, dass der Staat jährlich rund 2000 Milliarden an Einkommens- und Vermögenssteuern einnimmt und bereits mehr als 260 Milliarden für den Schuldendienst aufbringen muss – trotz historischer Tiefstzinsen.

Die politischen Lager bleiben unver-söhnlich, und wirklich zukunftsgerichtete Kompromisse sind nicht absehbar. Eine schweizerische Kultur der Konkordanz ist den Amerikanern fremd. So werden sie auch nach dem Dienstagabend weiterhin verschwenderisch leben und sich in gigantischer Höhe neu verschulden – zu Lasten der zukünftigen Generationen und des Planeten. May God bless you – Möge Gott uns segnen, so endet jede amerikanische Präsidentschaftsrede. Das ist wohl nötiger denn je.

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

► Maurice Pedergnana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ ◀